

(A) **Innenminister Dr. Schnoor:** Gestatten Sie mir noch wenige Bemerkungen, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Erstens. Niemand spricht über zwei Klassen von Abgeordneten oder über Wertigkeit von Abgeordneten. Darum geht es überhaupt nicht.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Frau Fischer hat es eben wieder gesagt!)

Aber daß die Bindung an einen Wahlkreis dem Wahlkreisabgeordneten eine andere Position in der Partei, in der Fraktion, auch sonst an Selbständigkeit gibt, das ist nicht zu bestreiten.

(Minister Clement: Woher soll der Kollege Vesper das wissen?)

- Sie können es nicht wissen, Herr Vesper. Aber die Kolleginnen und Kollegen der CDU, die Direktmandate haben, wissen es und sehen es genauso. Sie sehen es deshalb auch sehr kritisch - sie sprechen es nur nicht aus -, wenn die Zahl von Direktmandaten verringert wird. Machen Sie sich hier nichts vor.

Herr Hardt, Sie schütteln den Kopf. Früher, als die Wahl noch weiter zurücklag, haben Sie das genauso wie wir gesagt. Inzwischen sagen Sie es anders. Aber man darf ja klüger werden. Sie sind wohl klüger geworden, wir nicht.

(B)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Die Partei ist stärker geworden! - Gegenruf des Abgeordneten Trinius [SPD]: Die CDU ist schwächer geworden!)

Ich akzeptiere das, Herr Hardt.

Zweite Bemerkung, zur Größe der Wahlkreise. Es ist doch nicht zu bestreiten: Je mehr Wähler in einem Wahlkreis sind, um so geringer ist die Chance, jedem Wähler zu begegnen. Natürlich ist die Nähe der Kommunalpolitiker, der Bezirksvertretungen noch größer als die von Landtags-, Bundestags- oder Europaabgeordneten. Das ist einfach so. Es ist doch nicht gemeint, daß man sich nicht selbstverständlich auch in anderen Wahlkreisen umsieht. Auch ich bin in anderen Wahlkreisen, die ich nicht betreue.

Dritte Bemerkung. Zu Ihrer Behauptung, Herr Hardt - vorsichtig gesagt -, es habe so etwas wie ein Schielen nach SPD-Mehrheiten stattgefunden. Warum haben Sie sich an dem Diskussionsprozeß nicht beteiligt? Sie kön-

nen doch nicht sagen, weil Ihnen die ganze Richtung nicht paßt, (C)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Paßt auch nicht!)

nehmen Sie zu dem Gesetzentwurf nicht einmal Stellung. Sie haben zwei Monate lang die Chance gehabt, Stellung zu nehmen. Sie haben uns nicht gesagt: Der Wahlkreis X und der Wahlkreis Y müßten so oder anders geschnitten werden.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: 101! Auf der Basis von 101!)

Sie haben es nicht getan. Das ist doch das Problem. Aber das können wir alles in den Ausschußberatungen nachholen. Deshalb sollten Sie mit Ihren Unterstellungen, meine ich, etwas vorsichtiger und etwas zurückhaltender sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, möchte noch jemand sprechen? - Nein. Ich schließe hiermit die Beratung.

Es ist abzustimmen über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Hauptausschuß** - federführend - und an den **Ausschuß für Innere Verwaltung**. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen. (D)

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Sechstes Gesetz zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LRG NW)

- **6. Rundfunkänderungsgesetz**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7669

Beschlußempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 11/7763

zweite Lesung

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Gehe ich recht in der Annahme, daß hierzu niemand sprechen möchte? - Das ist der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/7763, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P. entsprochen worden.

Wir kommen zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/7469

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 11/7764

- (B) zweite Lesung

Ich verweise auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/7785.

Wünscht auch hier niemand zu sprechen? - Herr Kollege Kern, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Kern (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, zu diesem Thema muß doch etwas gesagt werden.

Es geht weniger um den eigentlichen Vertrag; dem können und sollten wir zustimmen. Es geht um das, was im Rahmen dieses Vertrages hinsichtlich der Deutschen Welle gesagt wird.

Noch einmal zum Vertrag: Im Vertragsentwurf sind der Zweck, die Leistungen des Bundes, die Aufteilung der Ausgleichsmittel und der Ausgleichsmaßnahmen und

die Art der Realisierung vernünftig beschrieben. Das können wir akzeptieren. (C)

Wir haben darüber nach der Einbringung im Plenum auch im Hauptausschuß am 15. September diskutiert und waren uns - bis auf die GRÜNEN - in der Bewertung einig: Der Staatsvertrag stellt einen noch akzeptablen, wenn auch keineswegs optimalen Ausgleich für die Verluste in der Region Köln/Bonn und vor allen Dingen in Bonn selbst dar.

(Abgeordneter Jaax [SPD]: Und im Rhein-Sieg-Kreis!)

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß bei diesen Verhandlungen Minister Clement hervorragend argumentiert hat und immerhin die Hälfte der eigentlich vorgesehenen Ausgleichssumme in Höhe von 6 Milliarden DM erreichen konnte. Wegen der Deutschen Welle ist notwendig zu betonen: Köln ist dabei keinesfalls berücksichtigt worden. - Dem eigentlichen Vertrag gibt die SPD-Fraktion also ihre Zustimmung.

Auf den Vertrag fällt aber ein recht kräftiger Schatten, weil wir zweifeln müssen, ob der Vertragspartner, die Bundesregierung, wirklich ernsthaft Ausgleichsmaßnahmen erbringen will, die nicht aus der Region selbst kommen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Richtig!) (D)

Wir waren uns in der Plenardebatte am 8. September 1994 alle darin einig, daß die absehbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Bonns und der Region nicht durch eine Umsiedlung von Behörden und Institutionen auf Kosten anderer Regionen Nordrhein-Westfalens zu lösen seien. Wir haben ausdrücklich gesagt: Nicht auf Kosten von Städten in der Region wie zum Beispiel Köln. So hatten wir auch schon 1991 im Entschließungsantrag zur Regierungserklärung erklärt, daß das nicht passieren darf.

Vor 14 Tagen haben alle Redner ähnlich argumentiert. Ich darf an Sie erinnern, Frau Hieronymi. Sie haben vor 14 Tagen gesagt:

Dies

- gemeint ist die geplante Verlagerung der Deutschen Welle nach Bonn -

ist eine Frage, die nur unter dem Gesichtspunkt des bestgeeigneten Standortes für die Deutsche Welle zu